



---

## **Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie**

7. Sitzung (öffentlich)

8. Februar 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.10 Uhr

Vorsitz: Annegret Krauskopf (SPD)

Stenograf: Christoph Filla

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/400  
Vorlage 13/280  
Zuschriften 13/0268, 13/0289, 13/0290

in Verbindung mit

**der mittelfristigen Finanzplanung (MFP) des Landes NRW für die Jahre 2000 - 2004**

Drucksache 13/401

in Verbindung mit

**der Ergänzung der Landesregierung zu dem Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)**

Drucksache 13/620

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die abschließenden Beratungen und die Abstimmung am 6. März 2001 durchzuführen.

**2 Hilfe und Beratung für Frauen in den Mittelpunkt stellen - Schwangerenberatung plural und bedarfsgerecht weiterentwickeln**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/605

in Verbindung damit

**Schwangerschaftskonfliktberatung muss in Nordrhein-Westfalen auch weiterhin gesichert sein**

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/666

2

Der Ausschuss nimmt einen Bericht der Ministerin Birgit Fischer entgegen.

**3 Situation von Kindern alkoholkranker Eltern**

6

Der Ausschuss nimmt einen Bericht der Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit, Birgit Fischer, entgegen.

\*\*\*\*\*

### Aus der Diskussion

**Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzende Annegret Krauskopf** die Ausschussmitglieder sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Landtags- und der Ministerialverwaltung. Sodann gratuliert sie im Namen des Ausschusses dem CDU-Abgeordneten Thomas Mahlberg nachträglich zu seinem Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Anschließend informiert die **Vorsitzende** den Ausschuss über drei Anträge, die sich gerade in der Beratung befänden:

1. Auf Wunsch der Fraktionen seien die CDU-Anträge zur JuLeiCa und dem Verbraucherinsolvenzverfahren nicht für diese Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt worden, da noch Beratungsbedarf bezüglich des inzwischen übersandten Gutachtens zur Überschuldung sowie zu den vom MFJFG noch zu übersendenden Daten bestehe.
2. Die Beratung des zur Mitberatung überwiesenen CDU-Antrages Drucksache 13/416 "Einheit in Vielfalt - Programm für eine erfolgreiche Politik der Integration" könne ebenfalls geschoben werden, da der federführende Ausschuss mitgeteilt habe, dass er die Beratungen zu diesem Antrag frühestens am 8. März aufnehmen werde.

#### **1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/400  
Vorlage 13/280  
Zuschriften 13/0268, 13/0289, 13/0290

in Verbindung mit

**der mittelfristigen Finanzplanung (MFP) des Landes NRW für die Jahre 2000 - 2004**

Drucksache 13/401

in Verbindung mit

**der Ergänzung der Landesregierung zu dem Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)**

Drucksache 13/620

Für die heutige Sitzung sei die Detailberatung zum Einzelplan 11, Kapitel 11 050 sowie Kapitel 11 410, vorgesehen, teilt **Vorsitzende Annegret Krauskopf** mit. - Fragen werden seitens des **Ausschusses** nicht gestellt, sodass sich dieser darauf verständigt, die abschließende Beratung zum Haushalt am 6. März 2001 vorzunehmen; in dieser Sitzung soll auch über den CDU-Antrag Drucksache 13/416 "Einheit in Vielfalt - Programm für eine erfolgreiche Politik der Integration" beraten werden.

## 2 **Hilfe und Beratung für Frauen in den Mittelpunkt stellen - Schwangerenberatung plural und bedarfsgerecht weiterentwickeln**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/605

in Verbindung damit

**Schwangerschaftskonfliktberatung muss in Nordrhein-Westfalen auch weiterhin gesichert sein**

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/666

**Vorsitzende Annegret Krauskopf** teilt dem Ausschuss mit, dass die Anträge am 24. Januar 2001 vom Plenum federführend an den Ausschuss für Frauenpolitik und zur Mitberatung an den Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie überwiesen worden seien. In der Sitzung des Ausschusses für Frauenpolitik am 6. März werde ein Fachgespräch mit Expertinnen und Experten zu den Anträgen durchgeführt. Die Vorsitzende des Frauenausschusses wolle wissen, ob sich der AKJF an der Aufstellung der Liste der einzuladenden Expertinnen und Experten sowie an der Erarbeitung des Fragenkatalogs beteiligen werde oder ob er nur nachrichtlich beteiligt werden wolle.

**Bernd Flessenkemper (SPD)** führt aus, dass die SPD-Fraktion auf jeden Fall beteiligt werden wolle. Der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie solle seiner Meinung nach auch eine Expertin bzw. einen Experten benennen. - Diesem Vorschlag schließt sich der **Ausschuss** an.

**Birgit Fischer, Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit** referiert:

Wir haben den Antrag sowie die Entschließung, die dem Plenum vorlag, bereits am 24. Januar beraten. Es gab über die Parteigrenzen bzw. Fraktionsgrenzen hinweg Übereinstimmung in vielen Bereichen. Ich möchte sie kurz noch einmal erwähnen: